

ÜBERSETZUNG

KÖNIGREICH BELGIEN

GUTACHTEN 36.493/4
DER GESETZGEBUNGSABTEILUNG
DES STAATSRATES

Der STAATSRAT, Gesetzgebungsabteilung, vierte Kammer, der am 2. Februar 2004 von dem Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, gebeten wurde, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Dekretvorentwurf "über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft" abzugeben, hat am 1. März 2004 folgendes Gutachten abgegeben :

Da der Begutachtungsantrag aufgrund des durch das Gesetz vom 2. April 2003 ersetzten Artikels 84, § 1, Absatz 1, Nr. 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat eingereicht wird, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84, § 3, der o.a. koordinierten Gesetze, die Rechtsgrundlage des Entwurfs, die Zuständigkeit des Verfassers des Akts sowie die Erfüllung der vorhergehenden Formalitäten zu untersuchen.

Was diese drei Punkte betrifft, ruft der Vorentwurf folgende Bemerkungen hervor.

Artikel 1

1. In den Nrn. 1, 2 und 3 ist der Hinweis ungenau. Seitdem Artikel 6, § 1, VIII, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen durch das Sondergesetz vom 13. Juli 2001 geändert worden ist, besteht dieser Artikel nämlich aus zwei Absätzen. In Nr. 1 zum Beispiel muß also "Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 1, Nr. 6" geschrieben werden.

2. In Nr. 4 wird darauf abgezielt, daß die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gebiet deutscher Sprache die Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden ausüben wird, die "im Dekret vom 1. Dezember 1988 über die von der Wallonischen Region für gewisse Investitionen öffentlichen Interesses gewährten Zuschüsse, jedoch nur insofern sie Gemeinden, Kirchenfabriken und sonstige Rechtspersonen, die Immobilien verwalten, die zur Ausübung der anerkannten Kulte erforderlich sind, sowie Rechtspersonen, die Güter verwalten, die zur Ausübung der nichtkonfessionellen Sittenlehre erforderlich sind, betreffen", erwähnt werden.

Diese Bestimmung ruft verschiedene Bemerkungen hervor.

3. Erstens ist es nicht angebracht auf eine von der Wallonischen Region verabschiedete Rechtsnorm hinzuweisen, um eine Zuständigkeit zu bestimmen, deren Ausübung von diesem Teilgebiet auf die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen wird.

.../...

Im allgemeinen ist es beim Rechtsetzungsverfahren durch Bezugnahme in der Tat immer schwierig zu interpretieren, ob auf den Text in seiner Fassung bei der Verabschiedung der verweisenden Norm verwiesen wird oder ob die späteren Änderungen der Norm, auf die verwiesen wird, berücksichtigt werden sollen.

Es wird allgemein angenommen, daß, wenn - wie im vorliegenden Fall - die Änderungen, die im Text vorgenommen worden sind, nicht erwähnt werden ⁽¹⁾, davon ausgegangen wird, daß der Hinweis sich auf den Text unter Berücksichtigung seiner früheren und späteren Änderungen bezieht.

Da Artikel 139 der Verfassung vorsieht, daß über die Ausübung von Zuständigkeiten der Wallonischen Region durch die Deutschsprachige Gemeinschaft von den Räten der beiden Teilgebiete, jedem durch Dekret und in gegenseitigem Einvernehmen, beschlossen werden muß, kann es nicht angenommen werden, daß die so festgelegten zuständigkeitsverteilenden Regeln infolge eines nur von der Wallonischen Region verabschiedeten Dekrets geändert werden können. Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft darf die ihm durch die Verfassung zugewiesene Zuständigkeit, über den Umfang der Zuständigkeiten der Wallonischen Region, die sie im Gebiet deutscher Sprache ausüben wird, im Einvernehmen mit der Wallonischen Region zu beschließen, nämlich nicht abtreten.

Das Verfahren ist im vorliegenden Fall um so kritikanfälliger, da das Dekret vom 1. Dezember 1998 selber auch eine Regelung ist, deren Anwendungsbereich von anderen Regelungen abhängt. Artikel 1 dieses Dekrets bestimmt nämlich, daß das Dekret "bei der Gewährung durch die Wallonische Region von Subventionen zur Förderung bestimmter gemeinnütziger Investitionen [gilt], soweit die Gewährung solcher Subventionen nicht durch andere Dekrete oder Erlasse geregelt ist".

Außerdem ist festzustellen, daß die Wallonische Regierung vor kurzem bei der Gesetzgebungsabteilung einen Dekretvorentwurf "relatif aux travaux subsidiés" eingereicht hat, der insbesondere auf die Aufhebung dieses Dekrets vom 1. Dezember 1988 abzielt.

⁽¹⁾ Das Dekret vom 1. Dezember 1988 ist durch die Dekrete vom 20. Juli 1989, 30. April 1990 und 19. Dezember 1996 geändert worden.

4. Wie die Gesetzgebungsabteilung bereits mehrmals daran erinnert hat ⁽²⁾, verfügt die Region im Bereich der Finanzierung der Gemeinden über zwei Zuständigkeiten, die einander ausschließen :

- 1° einerseits ist sie für die allgemeine Finanzierung der Gemeinden zuständig (Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 1, Nr. 9, des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen), was ein Begriff ist, der sich auf die "modes de financement généralement quelconques en vertu desquels les communes (...) sont financées suivant des critères qui ne sont pas directement liés à une mission ou tâche spécifique" bezieht ⁽³⁾,

⁽²⁾ Gutachten 16.374/8 über einen Vorentwurf, der das "decreet van 24 januari 1985 houdende instelling van een Investeringsfonds ter verdeling van de subsidies voor bepaalde werken" geworden ist, Dok. Fl. Parl., Nr. 285/1, 1984-1985; Gutachten 20.135/1/V vom 9. August 1990 über einen Vorentwurf, der das "decreet van 20 maart 1991 betreffende het Investeringsfonds ter verdeling van de subsidies voor bepaalde onroerende investeringen die in de Vlaamse Gemeenschap en het Vlaamse Gewest door of op initiatief van de provincies, de gemeenten of de Vlaamse Gemeenschapscommissie worden gedaan" geworden ist, Dok. Fl. Parl., Nr. 400/1, 1990-1991; Gutachten 21.945/9 über einen Vorentwurf, der das "Dekret vom 10. Juni 1993 zur Einführung einer zusätzlichen regionalen Beihilfe zugunsten der Gemeinden der Wallonischen Region, die vom TGV durchquert werden" geworden ist; Gutachten 23.107/8 vom 8. Februar 1994 über einen Vorentwurf, der das "decreet van 6 juli 1994 houdende diverse bepalingen inzake de financiering van de gemeenten" geworden ist, Dok., Fl. Parl., Nr. 535/1, 1993-1994; Gutachten 29.942 vom 2. März 2000 über einen Vorentwurf, der das Gesetz vom 17. Juli 2000 "déterminant les conditions auxquelles les autorités locales peuvent bénéficier d'une aide financière de l'État dans le cadre de la politique urbaine" geworden ist, Dok., Kammer, Nr. 585/1, 1999-2000; Gutachten 32.553/4 vom 17. Dezember 2001 über einen Vorentwurf, der das Dekret vom 21. März 2002 zur Regelung der Partnerschaftsvereinbarung und allgemeinen Finanzierung der wallonischen Provinzen geworden ist, Dok. Wall. Parl., Nr. 317/1, 2001-2002; Gutachten 34.011/2 vom 23. Oktober 2002 über einen Vorentwurf, der die Ordonnanz vom 13. Februar 2003 "portant octroi de subventions spéciales aux communes de la Région de Bruxelles-Capitale" geworden ist, Dok., Rat der Region Brüssel-Hauptstadt, Nr. A-385/1, 2002-2003; Gutachten 34.215 vom 27. November 2002 über einen Vorentwurf, der das Dekret vom 15. Mai 2003 "relatif à la prévention de proximité dans les villes et communes de Wallonie" geworden ist, Dok. Wall. Parl., Nr. 493/1, 2002-2003.

⁽³⁾ Parl. Dok. Kammer, 516/1-1988, S. 18. Siehe B. Haubert und P. Vandernoot, La nouvelle loi de réformes institutionnelles du 8 août 1988, A.P.T., 1988, S. 248.

- 2° andererseits ist sie für die Finanzierung bestimmter von den Gemeinden auszuführenden Aufträge zuständig, aber ausschließlich wenn diese Aufträge sich auf Angelegenheiten beziehen, die nicht zum Kompetenzbereich des föderalen Staats oder der Gemeinschaften gehören (Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 1, Nr. 10).

In ihrem Gutachten 23.107/8 machte die Gesetzgebungsabteilung über Artikel 6, § 1, VIII, Nr. 3, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 (der als Folge des Sondergesetzes vom 13. Juli 2001 Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 1, Nr. 10 geworden ist) ⁽⁴⁾ auch folgendes deutlich :

"(...) deze bepaling (is) in feite een overbodige bevestiging van het principe dat de bevoegdheden die de Gewesten uit artikel 6, § 1, van de bijzondere wet putten, ook het recht omvatten om in die aangelegenheden aan de ondergeschikte besturen taken op te dragen en daarvoor subsidies toe te kennen - net zoals de federale overheid en de Gemeenschappen, in de aangelegenheden die tot hun bevoegdheid behoren, aan de gemeenten bepaalde taken kunnen opdragen en kunnen voorzien in de financiering hiervan. In werkelijkheid zijn de Gewesten dus enkel bevoegd om subsidies toe te kennen voor zover ze daartoe ook nog in een andere bepaling van artikel 6, § 1, van de bijzondere wet een rechtsgrond kunnen vinden".

Die in Artikel 1, Absatz 1, Nr. 4, des Vorentwurfs beabsichtigte Übertragung besteht darin, den "financement des missions à remplir par les communes et par les autres personnes morales de droit public dans les matières qui relèvent de la compétence des régions" (Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 1, Nr. 10, des Sondergesetzes) ganz oder teilweise, d.h. auch - indirekt aber sicherlich - einen Teil der Zuständigkeiten, die die Wallonische Region aufgrund anderer Bestimmungen des Sondergesetzes vom 8. August 1980 besitzt, zu übertragen, da das Dekret vom 1. Dezember 1988, auf das der Vorentwurf hinweist, wie oben bemerkt worden ist, einen residualen Anwendungsbereich hat : es regelt die Gewährung von Subventionen für die gemeinnützigen Investitionen, nur wenn sie nicht "durch andere Dekrete oder Erlasse geregelt ist".

Im Text werden die regionalen Angelegenheiten nicht näher bestimmt, für die die Bezuschussung der von den untergeordneten Behörden vorgenommenen Investitionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen wird.

⁽⁴⁾ Das Sondergesetz vom 13. Juli 2001 hat die betreffenden Bestimmungen unnummeriert, deren Inhalt aber unverändert gelassen.

5. In Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 1, Nr. 6, des Sondergesetzes wird vorgesehen, daß die Regionen im Bereich der untergeordneten Behörden für die "fabriques d'églises et (...) établissements chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus, à l'exception de la reconnaissance des cultes et des traitements et pensions des ministres des cultes" zuständig sind.

Wie die Gesetzgebungsabteilung in ihrem Gutachten 31.986/2 vom 8. Oktober 2001 über einen Gesetzesvorentwurf, der das Gesetz vom 21. Juni 2002 über den Zentralen Rat der nichtkonfessionellen weltanschaulichen Gemeinschaften Belgiens, die Beauftragten und die Einrichtungen zur Verwaltung der materiellen und finanziellen Interessen der anerkannten nichtkonfessionellen weltanschaulichen Gemeinschaften geworden ist ⁽⁵⁾, bemerkt hat, betrifft diese durch das Sondergesetz vom 13. Juli 2001 eingefügte Bestimmung des Sondergesetzes nicht die Einrichtungen zur Verwaltung der Interessen der nichtkonfessionellen weltanschaulichen Gemeinschaft, die aufgrund von Artikel 181, § 2, der Verfassung anerkannt wird.

Unter den Aufwendungen, die die Einrichtungen des öffentlichen Rechts, "Einrichtungen für moralischen Beistand des Zentralen Freigeistigen Rates" genannt, zu tragen haben, erwähnt Artikel 27, Nr. 2, des o.a. Gesetzes vom 21. Juni 2002 die "für die Ausübung des nichtkonfessionellen moralischen Beistands erforderliche[n] Kosten, nämlich die Kosten für Gebäude und Gebäudeteile, die für die öffentliche Ausübung des nichtkonfessionellen moralischen Beistands bestimmt sind (...)". Die Einkünfte dieser Einrichtungen bestehen insbesondere aus "der Beteiligung der betreffenden Provinz beziehungsweise der Region Brüssel-Hauptstadt, die für die Deckung der in Artikel 27 erwähnten Aufwendungen der Einrichtung im Falle unzureichender Einkünfte bestimmt ist" (Artikel 26, Nr. 4, des Gesetzes).

Was die Beteiligung der öffentlichen Behörden an der Finanzierung der Einrichtungen betrifft, hat der Minister der Justiz während der Vorarbeiten folgendes erklärt :

⁽⁵⁾ Parl. Dok., Kammer, Nr. 50 - 1556/1, 2001-200, S. 68.

"Quant à la loi spéciale du 13 juillet 2001, le ministre fait remarquer qu'il n'y est nulle part question de la laïcité organisée. Seuls les fabriques d'église et les établissements chargés de la gestion du temporel des cultes ont été transférés aux régions. Dans le silence de la loi spéciale, il faut considérer que la laïcité reste de compétence fédérale. Le Conseil d'État n'a d'ailleurs pas émis d'objection à cet égard." ⁽⁶⁾.

Wenn der Föderalstaat die Beteiligung der Provinzen an der Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen zur Verwaltung der materiellen und finanziellen Interessen der anerkannten nichtkonfessionellen weltanschaulichen Gemeinschaft und der anerkannten Dienste für moralischen Beistand hat vorsehen dürfen, so ist es aufgrund von Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 2, des Sondergesetzes vom 8. August 1980, der bestimmt, dass

"les actes, règlements, et ordonnances des autorités des provinces, des communes, des agglomérations et des fédérations de communes et des autres autorités administratives ne peuvent être contraires aux lois et aux arrêtés de l'autorité fédérale ou aux décrets et arrêtés des communautés, qui peuvent, en tout cas, charger ces autorités de leur exécution, et d'autres missions, en ce compris donner un avis, ainsi que d'inscrire au budget toutes les dépenses qu'elles imposent à ces autorités".

Daraus folgt, daß die Verwaltung der Immobilien, die zur Ausübung des moralischen Beistands aufgrund einer nichtkonfessionellen Weltanschauung erforderlich sind, eine föderale Zuständigkeit bildet.

Nach dem oben in Erinnerung gebrachten und in Artikel 6, § 1, VIII, Absatz 1, Nr. 10, des Sondergesetzes verankerten Grundsatz, dem zufolge jede Obrigkeit die Angelegenheiten finanzieren muß, die zu ihrem eigenen Kompetenzbereich gehören, ist die Region also im allgemeinen nicht befugt, die gemeinnützigen Investitionen durch oder für die "Rechtspersonen, die Güter verwalten, die zur Ausübung der nichtkonfessionellen Sittenlehre erforderlich sind", zu bezuschussen.

⁽⁶⁾ Von Herrn Thierry Giet im Namen des Justizausschusses erstellter Bericht, Parl. Dok., Kammer, Nr. 50 - 1556/3, 2001-2002, S. 11 und 12. Siehe Fr. Amez, "Un aspect oublié de la réforme de l'État : le régime des cultes", J.T., 7. September 2002, S. 537.

Demzufolge könnte die Region die Ausübung dieser Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft selbstverständlich nicht übertragen, da sie selber nicht darüber verfügt ⁽⁷⁾.

6. Nr. 5 ermächtigt die Deutschsprachige Gemeinschaft, im Gebiet deutscher Sprache die "in Artikel 7 des Sondergesetzes" erwähnte Zuständigkeit auszuüben, "jedoch nur insofern sie die Organisation und Ausübung der Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden und die Polizeizonen betr[ifft]".

Laut Artikel 7, § 1, des Sondergesetzes

"[gehören] zum Zuständigkeitsbereich der Regionen die Organisation sowie die Ausübung der Verwaltungsaufsicht über die Provinzen, Agglomerationen und Zusammenschlüsse von Gemeinden, Gemeinden und in Artikel 41 der Verfassung erwähnten intrakommunalen territorialen Organe",

mit Ausnahme bestimmter gesetzlicher Regeln, die für die Gemeinden des Gebiets deutscher Sprache nicht relevant sind.

Als die Gesetzgebungsabteilung 1996 mit einem Vorentwurf einer Ordonnanz "organisant la tutelle administrative des communes de la Région de Bruxelles-Capitale" befaßt wurde, hat sie sich folgende Frage gestellt :

⁽⁷⁾ Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Region aufgrund von anderen Befugnissen als denen bezüglich der untergeordneten Behörden die von den besagten öffentlichen Einrichtungen getätigten Investitionen bezuschußt. Wie Frédéric Amez zu Recht bemerkt, "il ne peut par exemple pas être exclu que des édifices affectés aux activités des organisations non confessionnelles fassent l'objet d'un classement" (angeführter Beitrag, S. 537). In diesem Zusammenhang ist jedoch zu bemerken, daß die Dekrete vom 22. Dezember 1993 (Wallonische Region) und 17. Januar 1994 (Deutschsprachige Gemeinschaft) zwecks Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in der Angelegenheit "Denkmäler und Landschaften" durch die Deutschsprachige Gemeinschaft die Ausübung der Zuständigkeit in Sachen Denkmalschutz, die in Artikel 6, § 1, I, Nr. 7, des Sondergesetzes erwähnt wird und aufgrund deren die Regionen tatsächlich Arbeiten in bezug auf Gebäuden ohne Rücksicht auf ihren Verwendungszweck bezuschussen dürfen, für das Gebiet deutscher Sprache bereits der Deutschsprachigen Gemeinschaft anvertraut haben.

"faut-il entendre le mot «communes» utilisé par l'article 7 de la loi spéciale du 8 août 1980 comme visant l'ensemble des «institutions communales» au sens de l'article 162 de la Constitution, c'est-à-dire non seulement les communes sensu stricto, mais aussi les services publics décentralisés - et donc dotés d'une personnalité juridique propre - qui sont organisés dans le cadre territorial de la commune, ou l'article 7 de la nouvelle loi spéciale n'envisage-t-il que la tutelle sur les communes sensu stricto?".

Die Gesetzgebungsabteilung kam zur folgenden Schlußfolgerung :

"à notre sens, l'article 7 de la loi spéciale du 8 août 1980 s'applique à toutes les institutions communales, y compris les services publics décentralisés" ⁽⁸⁾.

In ihrem am 16. November 2000 abgegebenen Gutachten 30.508/VR über einen Vorschlag einer Ordonnanz "modifiant l'ordonnance du 14 mai 1998 organisant la tutelle administrative sur les communes de la Région de Bruxelles-Capitale", hat die Gesetzgebungsabteilung folgendes bemerkt :

"Dans des précédents avis, la section de législation a considéré que la compétence relative à la tutelle des communes, réglée par l'article 7 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, s'étend à tous les services publics décentralisés qui sont organisés dans le cadre territorial de la commune, à l'exception de ceux dont le régime de tutelle entre dans le domaine d'application de dispositions de la même loi spéciale autres que l'article 7, à savoir les centres publics d'aide sociale (article 5, § 1^{er}, II, 2^o) et les associations de communes (article 6, § 1^{er}, VIII, 1^o).

Comme la Cour d'arbitrage l'a admis par son arrêt n° 58/95 du 12 juillet 1995 ⁽⁹⁾, la circonstance selon laquelle une commune exerce l'une de ses missions à l'intervention d'un organisme auquel une personnalité juridique autonome est reconnue ⁽¹⁰⁾ ne fait pas obstacle à l'application de la législation régionale en matière

⁽⁸⁾ Gutachten 25.265/2, abgegeben am 20. Januar 1997, über einen Vorentwurf, der die Ordonnanz vom 14. Mai 1998 "organisant la tutelle administrative sur les communes de la Région de Bruxelles-Capitale" geworden ist, Dok., Rat der Region Brüssel-Hauptstadt, Nr. A-179/1 1996-1997.

⁽⁹⁾ Considérant B.11.3.

⁽¹⁰⁾ En l'espèce, il s'agissait d'une mission obligatoirement dévolue aux communes par l'article 8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, inséré par l'article 73, 2^o, de la loi du 30 mars 1994 portant des dispositions sociales, soit la création des agences locales pour l'emploi. En vertu de l'article 8, § 1^{er}, alinéa 2, de cette loi, ces organismes

de tutelle ordinaire, la compétence régionale en la matière étant qualifiée d'"intacte". La Cour conclut en ce sens après avoir relevé que les mesures contestées ne prévoyaient pas de tutelle spécifique.

La Cour reconnaît ainsi, comme les avis cités ci-avant de la section de législation, que, lorsque le législateur compétent n'a pas organisé une tutelle spécifique, les régions sont compétentes en matière de tutelle ordinaire sur l'ensemble des actes relevant des attributions communales, même si celles-ci sont mises en oeuvre par des organismes autonomes.

Ces derniers peuvent alors être qualifiés d'institutions communales au sens de l'article 162 de la Constitution, que l'alinéa 2, 6°, de cette disposition constitutionnelle impose de soumettre obligatoirement à la tutelle de légalité et de respect de l'intérêt général.

La circonstance, relevée au considérant B.10.4 du même arrêt, selon laquelle ces organismes agissent dans le cadre de l'intérêt général, et non dans celui de l'intérêt exclusivement communal, ne fait pas obstacle à la reconnaissance de cette compétence régionale en matière de tutelle ordinaire ⁽¹¹⁾.

Quatre conclusions peuvent se déduire de cet examen de la jurisprudence de la Cour d'arbitrage et de la section de législation du Conseil d'État :

- 1) tous les actes des institutions communales sont soumis à la tutelle ordinaire relevant de la compétence des régions sur la base et dans les limites de l'article 7 de la loi spéciale du 8 août 1980, même s'ils sont accomplis par des organismes décentralisés autonomes, à l'exception des actes dont le régime de tutelle entre dans le domaine d'application de la même loi spéciale autre que l'article 7, à savoir les actes des centres publics d'aide sociale visés par l'article 5, § 1^{er}, II, 2°, de la loi spéciale, et des associations de communes au sens de l'article 6, § 1^{er}, VIII, 1°, de la même loi;
- 2) la règle énoncée ci-avant sous le 1) s'applique même si la matière ainsi mise en oeuvre par ces institutions ne relève pas exclusivement de l'intérêt communal;

doivent prendre la forme d'une association sans but lucratif.

⁽¹¹⁾ Au demeurant, cet aspect de la motivation de l'arrêt ne concerne pas l'étendue de la compétence régionale en matière de tutelle, mais en matière d'associations de communes. Il se situe dans un passage de l'arrêt qui, après avoir rappelé la compétence des régions en ce qui concerne les conditions et les modalités des associations de provinces et de communes (article 6, § 1^{er}, VIII, 1°, de la loi spéciale du 8 août 1980), ne dénie toutefois pas à l'autorité fédérale le pouvoir d'obliger les communes à créer dans l'intérêt général des organismes éventuellement intercommunaux qui mettent en oeuvre des missions relevant des compétences fédérales. En l'espèce, il s'agissait de la réglementation du chômage, mise en oeuvre sous la forme des agences locales pour l'emploi. C'est dans ce contexte que ces dernières sont analysées comme relevant de l'intérêt général, et pas exclusivement de l'intérêt communal.

- 3) dans ce dernier cas, la compétence régionale en matière de tutelle ordinaire ne peut s'exercer que pour les aspects non couverts par une tutelle spécifique organisée par l'autorité compétente;
- 4) le caractère éventuellement pluricommunal des organismes communaux ainsi associés à l'exercice d'une compétence communale ne fait pas obstacle à la compétence régionale en matière de tutelle ordinaire⁽¹²⁾, à l'exception de ceux qui adoptent la forme des associations de communes visées par l'article 6, § 1^{er}, VIII, 1^o, de la loi spéciale du 8 août 1980"⁽¹³⁾.

In diesem Gutachten ist die Gesetzgebungsabteilung eben zur Schlußfolgerung gekommen, daß die in Artikel 7 des Sondergesetzes erwähnte Zuständigkeit in Sachen Aufsicht über "die Gemeinden" u.a. die Aufsicht über die Mehrgemeindepolizeizonen umfaßt.

Die obengenannten Gutachten sind vor der Verabschiedung des o.a. Sondergesetzes vom 13. Juli 2001 abgegeben worden. Die Tatsache, daß Artikel 7 des Sondergesetzes durch das o.a. Sondergesetz völlig ersetzt wurde, führt nicht zu einer anderen Schlußfolgerung.

Darüber hinaus hat die Gesetzgebungsabteilung in ihrem am 25. August 2003 abgegebenen Gutachten 35.801/2/V über einen Vorentwurf eines Dekretes "modifiant le décret du 1er avril 1999 organisant la tutelle sur les communes, les provinces et les intercommunales de la Région wallonne" bemerkt :

"Seules les zones de police pluricommunales sont en effet dotées de la personnalité juridique⁽¹⁴⁾. Dans les zones de police unicomunales, les autorités compétentes pour l'organisation et la gestion du corps de police locale sont le conseil communal, le collège des bourgmestre et échevins et le bourgmestre.

⁽¹²⁾ On rappellera, en effet, qu'aux termes de l'article 8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944, les agences locales pour l'emploi, dont la création faisait l'objet du recours jugé par l'arrêt n° 58/95 commenté plus haut de la Cour d'arbitrage, devaient être instituées par "les communes ou un groupe de communes".

⁽¹³⁾ Dok., Rat der Region Brüssel-Hauptstadt, Nr. A-161/2. Siehe G. van Haegendoren, "De bevoegdheidsverdeling voor het administratief toezicht op de "gemeentelijke instellingen"", T. Gem, 1998/1, S. 4-17; L. Detroux, "La répartition des compétences en matière d'institutions intracommunales", A.P.T., 2-3-4/2002, S. 188.

⁽¹⁴⁾ Article 9, alinéa 2, de la loi du 7 décembre 1998 précitée.

La notion de «zone de police» n'a donc pas le même contenu, selon que la zone couvre une ou plusieurs communes. Elle n'a un sens organique que dans le seul cas de la zone pluricommunale. La zone uncommunale est seulement une circonscription territoriale qui coïncide, par définition, avec le territoire communal." ⁽¹⁵⁾

Insofern das entworfene Dekret auf "die Organisation und Ausübung der Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden und die Polizeizonen" hinweist, ist es vage und zweideutig. Besteht die Absicht nämlich darin, auf die "Gemeinden" im Sinne von Artikel 7 des Sondergesetzes hinzuweisen, d.h. auch auf alle dezentralisierten öffentlichen Dienste, die im Rahmen des Gemeindegebiets organisiert werden, mit Ausnahme derjenigen, die einer Aufsichtsregelung unterliegen, die nicht unter Artikel 7 des Sondergesetzes fällt - nämlich die öffentlichen Sozialhilfezentren und die Gemeindevereinigungen -, dann ist das Wort "Polizeizonen" überflüssig und muß es auf jeden Fall gestrichen werden.

Beziehen sich die Wörter "die Gemeinden und die Polizeizonen" hingegen nur auf die kommunalen Einrichtungen sensu stricto und die Mehrgemeindepolizeizonen, dann muß in der Bestimmung von "Mehrgemeindepolizeizonen" die Rede sein. Die Verfasser des Entwurfs werden jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß der Text dann einschränkend auszulegen wäre und daß die Ausübung der Zuständigkeit in Sachen gewöhnliche Aufsicht über die sonstigen dezentralisierten öffentlichen kommunalen Dienste, wie u.a. die Kirchenfabriken, die Einrichtungen, die mit der Verwaltung der weltlichen Güter der Kulte beauftragt sind, und die autonomen Gemeinderegionen, dann der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht übertragen würde.

Selbstverständlich würde die spezifische Aufsicht über die Kirchenfabriken und die Einrichtungen, die mit der Verwaltung der weltlichen Güter der Kulte beauftragt sind, aufgrund von Artikel 1, Absatz 1, Nr. 1, des Vorentwurfs der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen werden.

7. Artikel 1 ist so zu revidieren, daß diesen Bemerkungen Rechnung getragen wird.

⁽¹⁵⁾ Parl. Dok., Wallonisches Parlament, Nr. 600/1, 2003-2004.

Artikel 3, § 4, Absatz 2

Der Gesetzgebungsabteilung ist nicht ersichtlich, was diese Bestimmung in Anbetracht der Artikel 56, Nr. 4, und 60 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft genau bedeutet. Die Bestimmung kann nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß sie die Fähigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ein Darlehen aufzunehmen und für dessen Konsequenzen aufzukommen, von der Zustimmung der Wallonischen Region abhängig macht. Sie ist anscheinend in dem Sinne aufzufassen, daß sie die Wallonische Region für die Finanzierung der Verspätung, die jährliche Dotation zur Verfügung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu stellen, aufkommen läßt.

Der Text ist zu verdeutlichen ⁽¹⁶⁾.

⁽¹⁶⁾ Siehe in diesem Zusammenhang Artikel 5, § 3, Absätze 2 und 3, der Dekrete vom 6. Mai 1999 (Wallonische Region) und 10. Mai 1999 (Deutschsprachige Gemeinschaft) zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Die Kammer setzte sich zusammen aus

Frau	M.-L. WILLOT-THOMAS,	Kammervorsitzender,
den Herren	P. LIÉNARDY, P. VANDERNOOT,	Staatsräte,
Frau	C. GIGOT,	Kanzler.

Der Bericht wurde von den Herren L. DETROUX, Auditor, und R. WIMMER, beigeordneter Auditor, vorgelegt.

DER KANZLER,

DER VORSITZENDE,

C. GIGOT

M.-L. WILLOT-THOMAS

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Herrn R. WIMMER, beigeordneter Auditor, übersetzt.

DER HAUPTKANZLER,

D. LANGBEEN.